

RIO+20: Von der Zukunft, die wir wollen zu der Zukunft, die wir brauchen

Abschließende Stellungnahme der Women's Major Group

zu den Ergebnissen der Rio+20 Konferenz

25. Juni 2012

Die Women Major Group (WMG), welche 200 zivilgesellschaftliche Frauengruppen weltweit repräsentiert, zeigt sich von den Ergebnissen der Rio+20 Konferenz schwer enttäuscht. Wir glauben, dass die Regierungen dieser Welt sowohl Frauen als auch künftige Generationen nicht gerecht werden.

Frauenrechte beschnitten

Zwei Jahre Verhandlungen gipfelten in einem Rio+20 Ergebnis, welches kaum Fortschritt auf dem Gebiet der Frauenrechte und der Rechte künftiger Generationen auf nachhaltige Entwicklung zeigt. Die WMG arbeitete rund um die Uhr am Erhalt bestehender Frauenrechte und bereits vereinbarter Verpflichtungen zu Geschlechtergerechtigkeit. Dies ließ keine Zeit für realen Fortschritt und weitere Verpflichtungen, um einer Zukunft, die wir benötigen, einen Schritt näher zu kommen.

Frauen weltweit sind schockiert, dass Regierungen es versäumt haben, reproduktive Rechte als Kernaspekt der Geschlechtergerechtigkeit und der nachhaltigen Entwicklung in den Rio+20 Ergebnissen anzuerkennen. Reproduktive Rechte sind universell als Menschenrechte anerkannt. Der Zusammenhang von nachhaltiger Entwicklung und reproduktiven Rechten wurde in der Agenda 21 und folgend auch 1994 im Aktionsprogramm der internationalen Konferenz zu Bevölkerung und Entwicklung (International Conference on Population and Development ICPD) anerkannt.

Obwohl die Rio+20 Konferenz ein bilateraler und kein multilateraler Prozess ist, ist es inakzeptabel, dass unsere reproduktiven Rechte, die vor 20 Jahren festgelegt wurden, erneut zur Diskussion standen und im Abschlussdokument nicht erneut bestätigt wurden. Dennoch freuen wir uns über die Wiederbestätigung durch das ICPD und die Pekinger Aktionsplattform und deren überarbeiteten Ergebnisse. Im Zuge der Vorbereitung zu ICPD+20, Peking+20, MDG+15, dem SDGs Prozess und der post-2015 Agenda, fordern wir alle Regierungen dringend auf, diese Verpflichtungen zu Geschlechtergerechtigkeit und vor allem zu sexueller und reproduktiver Gesundheit und Rechten zu bestätigen, so dass alle Frauen und Männer, Erwachsene, Jugendliche und Kinder ihr Leben ungehindert ausleben können.

Ebenso gibt es keine strengen Verpflichtungen bezüglich der **Frauenrechte auf Land, Eigentum und Erbschaft**. Die Hälfte der Menschheit vom Zugang zu Ressourcen auszuschließen ist nicht nur aus menschenrechtlicher, sondern auch aus ökonomischer Perspektive unklug. Viele Staatsoberhäupter kritisierten die gravierenden Auslassungen des Textes. Der

Premierminister von Norwegen kommentierte, dass im Falle Norwegens der von Frauen produzierte Anteil des GDPs größer ist als der Anteil aus Ölneinnahmen.

Kein Recht auf eine gesunde Umwelt

Das Recht tausender Menschen auf eine gesunde Umwelt wird nicht respektiert. Die WMG ist bestürzt und alarmiert, dass **radioaktive Verschmutzung** und ihre zerstörenden Ausmaße auf unsere Gesundheit und unsere Umwelt, einschließlich Flüsse, Grundwasserreservoirs, Lebensmittel und Luft, keine Erwähnung findet. Das Rio+20 Ergebnisdokument sollte dieses inakzeptable Risiko nuklearer Verschmutzung sowie die hohen Kosten nuklearer Energie anerkannt haben. Die WMG solidarisieren sich mit den Frauenorganisationen Japans, die in Rio präsent sind und ein unmittelbares Ende der Nuklearenergie fordern! Wir stellen außerdem mit Bestürzung fest, dass der Abschnitt zu Minen eher die Interessen und den Profit der Minenunternehmen unterstreicht anstatt sich anwaltschaftlich für eine gesunde Umwelt für Frauen, ihre Gemeinschaften und indigene Völker einzusetzen.

Des Weiteren wird die kritische Verbindung zwischen Klimawandel und Gender mit keinem Wort erwähnt. Dies ist inakzeptabel und steht im Gegensatz zu den täglichen Erfahrungen der Frauen. Frauen, Kinder, indigene Völker und die Armen (von denen der Großteil Frauen sind) sind am meisten durch die direkten Konsequenzen des Klimawandels betroffen. Genauso kritisch ist die Vernachlässigung des großen Beitrags zu betrachten, den Frauen zu Verminderung des und Anpassung an den Klimawandel leisten können – ihre essentielle Rolle, dringend benötigte Klimalösungen zu initiieren und zu begleiten findet keine Erwähnung.

Landnahme stoppen sowie Kontrolle und Zugang von Frauen zu natürlichen Ressourcen sichern

In vielen Ländern der Welt produzieren Frauen bis zu 80% der Nahrungsmittel, sie kultivieren Land das ihnen nicht gehört und sammeln Feuerholz in Wäldern, auf die sie keine Rechte beanspruchen können. Der Andrang auf Ressourcen, um unsere nicht nachhaltige Entwicklung mit Mineralien und Treibstoff anzutreiben, hat bereits zahlreiche Frauen von den Ländern verdrängt, die sie über Jahrtausende kultiviert und beschützt haben. Frauen rufen nach einem sofortigen Ende der **Landnahme**! Wir können die Nahrungsmittelproduktion der Frauen nicht in Konkurrenz zu Biotreibstoffen, genetisch veränderte Organismen (GVOs) und agro-industriellen Gesellschaften setzen - den Monsantos dieser Welt. Wir sind sehr enttäuscht, dass keine klaren Schritte für ein **Moratorium für GVOs** vorgezeichnet wurden und überdies, dass es keine konkreten Maßnahmen gibt, die die Rechte von Frauen auf Zugang und Kontrolle natürlicher Ressourcen sichern, welche ihre Existenzgrundlage darstellen – besonders der Abschnitt zu Minen garantiert den betroffenen Gemeinschaften keine Rechte.

Green Economy = Green Washing?

Frauen sind enttäuscht, dass die Rio+20 Ergebnisse nicht eindeutig einen **freien, vorrangigen und informierten Konsens** für alle Gemeinschaften garantieren, die von Investitionen der sogenannten Grünen Ökonomie betroffen sind. Frauen fordern „no-go Zonen“ für Minen, Biotreibstoffe und Rodungsunternehmen. Damit Frauen, indigene Völker und lokale Gemeinschaften gesicherten Zugang und Kontrolle über Wasserressourcen haben, fordern Frauen, dass Wasserressourcen nicht privatisiert werden. Wir glauben dass *eine „green economy“ nichts anderes als „green washing“* ist, wenn sie nicht fest in eine rechtlich bindende Umsetzung der Vorsorgeprinzipien eingebunden ist.

Nachhaltige Entwicklung finanzieren

Das Rio+20 Ergebnisdokument gibt Regierungen nicht den dringend benötigten Rahmen vor, um **finanzielle Ressourcen** aus nicht nachhaltigen und ungerechten Energiesystemen in notwendige Investitionen in **dezentralisierte, erneuerbare Energiesysteme** zu transferieren. Im globalen Süden sollten Investitionen in den Zugang zu **sauberer und sicherer Energie** in ländlichen Gebieten mit Fokus auf den Energiekonsum von Frauen und Haushalten priorisiert werden. Die

WMG bedauert, dass es keine konkreten Verpflichtungen auf diesem Gebiet gibt.

Frauen sind außerdem sehr besorgt wegen des wachsenden Fokus auf private Finanzierung und des Rückgangs der **öffentlichen Finanzierung** für nachhaltige Entwicklung. Wir bedauern auch, dass es keine Verpflichtungen auf neue finanzielle Mechanismen wie die Finanztransaktionssteuer gibt. Frauen fordern ein **Ende der Subventionen**, auch direkter Subventionen, die Ökosysteme und lokale Gemeinschaften gefährden, wie zum Beispiel Subventionen innerhalb der nuklearen und fossilen Treibstoff Industrie. Dennoch sind wir zufrieden mit dem Abkommen über die Adressierung rechtswidriger Finanzflüsse. Es ist an der Zeit, dass die Billionen, die in illegale Steueroasen fließen, reguliert werden und als Beitrag für nachhaltige Entwicklung und Armutsbekämpfung genutzt werden.

Neue zwischenstaatliche Prozesse – Versichern, dass die Stimmen der Frauen gehört werden

Die einzige konkrete neue Entscheidung von Rio+20 ist die Einrichtung zweier neuer zwischenstaatlicher Prozesse, einen zu nachhaltigen Entwicklungszielen (Sustainable Development Goals, SDGs) und einen zu finanziellen Mechanismen. Ein Komitee aus 33 ExpertInnen wird für den SG Prozess einberufen. Frauen fordern einen Sitz für eine **Repräsentantin der zivilgesellschaftlichen Frauenorganisationen im Expertenpanel** der SDGs. Zusätzlich fordern wir den Generalsekretär auf, eine Genderbalance in der Zusammensetzung des Panels sicherzustellen.

Letztendlich hat Rio+20 keine stärkere Regierungsführung für nachhaltige Entwicklung eingerichtet und wir bedauern besonders die Streichung der vorgeschlagenen Kommission für künftige Generationen.

Bei Rio+20 hatten die Regierungen die historische Chance, mutige Schritte zu unternehmen, um Armut und Umweltzerstörung zu beenden, um die Rechte der verletzlichsten Teile unserer Bevölkerung sicherzustellen sowie um konkrete Maßnahmen zu unternehmen, um Frauenrechte und den Anspruch auf Frauen in Führungspositionen voll umzusetzen. Stattdessen riskieren wir jedoch zunehmende Armut, Ungleichheiten und unwiderrufliche ökologische Schäden. Dies ist nicht die Zukunft, die wir wollen und nicht die Zukunft, die wir brauchen.

Die Women's Major Group besteht aus über 200 Organisationen und Einzelpersonen und wird von drei Organisationspartnern geleitet – Women in Europe for a Common Future (WECF), Voices of African Mothers (VAM) und Development Alternatives with Women for a New Era (DAWN). Es wird unterstützt von Kernmitgliedern wie International Network on Gender and Sustainable Energy (ENERGIA), Global Forest Coalition, und Women's Environment Development Organization (WEDO).

WMG Schlüsselkontakte:

Sascha Gabizon, Women in Europe for a Common Future (WECF)
sascha.gabizon@wecf.eu

Anita Nayar, Development Alternatives with Women in A New Era (DAWN)
a.u.nayar@gmail.com

Sheila Oparachoa, ENERGIA – the International Network on Gender and Sustainable Energy
s.oparaocha@etcnl.nl

Eleanor Blomstrom, Women's Environment and Development Organization (WEDO)
eleanor@wedo.org

] ENDS [